

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 153-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.568

Eingereicht am: 01.06.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gasser (Bévilard, PSA) (Sprecher/in)
Amstutz (Corgémont, Grüne)
Grivel (Biel/Bienne, FDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.06.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Schluss mit der Scheinheiligkeit bei der Sportförderung!

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund vorstellig zu werden, damit es zu keiner Kürzung der Jugend-und-Sport-Beiträge kommt.
2. Scheitert dieser Vorstoss, verpflichtet sich der Kanton, die tieferen Subventionen, die im Kanton Bern bewilligt werden, auszugleichen.

Begründung:

Das Bundesamt für Sport hat am vergangenen 10. März eine drastische Kürzung der Subventionen ab dem 1. August 2015 bekanntgegeben. Es handelt sich dabei um Kürzungen von durchschnittlich 25 Prozent. Dieser Entscheid ist mehr als unverständlich, da nach dem Inkrafttreten des neuen Sportförderungsgesetzes vom 1. Oktober 2012 das neue Beitragssystem eine Erhöhung der bewilligten Beiträge um durchschnittlich 25 Prozent vorsah. Leider hatte dasselbe Parlament ebenfalls präzisiert, dass die Beiträge angepasst werden, wenn das Gesuch den zur Verfügung stehenden Kredit übersteigt. Mit anderen Worten: Wenn die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Sport machen, zunimmt, muss das verfügbare Geld auf mehr Personen aufgeteilt werden. Und genau dies ist die heutige Situation.

Die Jungen aufzufordern, sich zu bewegen und Sport zu betreiben, ist mittlerweile ein breit abgestützter Leitsatz, der nicht mehr wegzudenken ist. Es scheint daher unlogisch, die vielen Kinder- und Jugendvereine und Schulen zu bestrafen, die Sportlager organisieren, da sie Opfer ihres eigenen Erfolgs wären! Es ist schwierig, die Folgen dieser Mittelkürzung auf die Organisation oder die Streichung gewisser Sportlager im Rahmen der Schule vorausszusehen. Dass viele Gemeinden und Schulen die Durchführung solcher Sportwochen aus finanziellen Gründen nun aber hinterfragen, ist schlichtweg ein katastrophales Signal!

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass J+S das grösste Sportförderungsprogramm des Bundes ist. 2014 nahmen über 800 000 Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis zwanzig Jahren am sportlichen Angebot teil. Das jährliche Budget von J+S beträgt rund 80 Millionen Franken (Quelle: Webseite BASPO). Zur Deckung des aktuellen Bedarfs würden somit 20 Millionen Franken fehlen.

Auf der anderen Seite ist die Haltung des BASPO doch erstaunlich, ist es doch Mitinitiant der Schneesportinitiative, die Kinder und Jugendliche für den Schneesport begeistern will. Der Bundesratsbeschluss vom Sommer 2014 ermächtigt das BASPO, höhere Beiträge an Schneesportlager auszurichten, sofern die dafür nötigen Ressourcen vorhanden sind.

Die hier erwähnten Beschlüsse werden von Bundesinstanzen gefasst. Ich bin überzeugt, dass eine offizielle Intervention der Berner Kantonsregierung (warum nicht zusammen mit anderen Kantonsregierungen?) in diesem Zusammenhang mehr Einfluss hätte als die Intervention eines einzelnen Bundesparlamentariers.

Was den kantonalen Aspekt betrifft (= Ausgleich der Bundeskürzung durch den Kanton), so liegt diese Massnahme ganz auf der Linie dessen, was unsere Kantonsparlament in letzter Zeit beschlossen hat. Es sei daran erinnert, dass der Grosse Rat des Kantons Bern beschlossen hat, die Sportlektionen am Gymnasium zu reduzieren, weil die Mehrheit der Meinung war, diese Kürzung würde durch die Sportlager wieder wettgemacht! Es wäre absolut unverständlich, die Durchführung von Sportlagern zu verlangen und gleichzeitig eine Kürzung der verfügbaren Mittel zu akzeptieren.

Begründung der Dringlichkeit: Die tieferen Tarife treten am 1. August 215 in Kraft.